



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, 23.07.2019
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 22:04 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses Bad Schönborn, OT Mingolsheim

Anwesend:

Vorsitzende/r

Klaus Detlev Hüge

Mitglieder

Herr Alexander Billmaier

Frau Regina Brüsewitz

Herr Frank Dochat

Herr Dennis Eidner

Herr Florian Freund

Herr Felix Harling

Herr Ulrich Haßfeld

Urkundsperson

Herr Christian Kerti

Frau Dr. Heidrun Lange

Urkundsperson

Herr Maximilian Leitzig

Herr Robert Mächtel

befangen zu TOP 5 öffentlicher Teil

Frau Susanne Matthias

Herr Gerd Medisch

Herr Mario Meid

Herr Daniel Molk

Herr Miro Pivac

Herr Hans Schindler

Herr Claus Sieber

befangen zu TOP 19 öffentlicher Teil

Herr Bernhard Steltz

Herr Thorsten Thal

Herr Guido Woll

Protokollführer

Frau Christiane Bös

von der Verwaltung

Herr Mathias Leitzig
Herr Peter Sturm

in Vertretung von Herrn Zimmermann

Gäste

Herr Marcus Frank
Herr Eberhard Reiss
Frau Julia Samaan
Herr Erich Schulz
Herr Gerd Volland

Referent zu TOP 3
Referent zu TOP 5
Referentin zu TOP 10
Referent zu TOP 6-8
Referent zu TOP 4

Abwesend:**Mitglieder**

Frau Lilly Hummel

entschuldigt, private Gründe

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 11.07.2019 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlungen im Mitteilungsblatt vom 18.07.2019 ortsüblich bekannt gemacht worden ist,
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 12 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wird in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreterin der Presse zur Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die Junge Liste die TOP 10 und 11 in Ausschüsse zu verweisen. Sie begründet ihren Antrag mit fehlender Information der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder aus der Vergangenheit. Der Vorsitzende hält fest, dass eine Verschiebung der Tagesordnungspunkte aus terminlichen Gründen nicht möglich ist (Projektendtermin). Die Freien Wähler hingegen sehen in der Behandlung von TOP 10 kein Problem, allerdings in TOP 11. Der Vorsitzende lenkt ein und sieht die Möglichkeit, auch bei Absetzung von TOP 11 das anvisierte Zeitziel Mai 2020 noch zu schaffen.

In der anschließenden Abstimmung wird TOP 11 mit 14 zu 7 Stimmen in den AUT verwiesen.

Der Vorsitzende tritt sodann in die Tagesordnung ein.

TOP 1 Verpflichtung der am 26.05.2019 neu gewählten Gemeinderäte

Der Vorsitzende verpflichtet die in der Sitzung am 02.07.2019 verhinderten neuen Gemeinderäte Susanne Matthias und Torsten Thal per Handschlag und überreicht ihnen eine Urkunde. Auf dem Doppel der Urkunde, das zu den Akten der Verwaltung genommen wird, bestätigen die Gemeinderäte ihre Verpflichtung und das Gelöbnis.

Im Anschluss zeichnet der Vorsitzende Gemeinderätin Matthias für ihre 10 jährige Tätigkeit im Gemeinderat mit einer Ehrung des Gemeindetags aus.

Der Vorsitzende hält fest, dass nun alle neu gewählten Gemeinderäte verpflichtet sind.

Beschluss: Ein Beschluss war nicht zu fassen.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Der Vorsitzende ruft die Bürgerfragestunde auf, zu der sich jedoch keine Wortmeldungen ergeben.

Beschluss: ---

TOP 3 Beschaffung eines HLF 20 für die Freiwillige Feuerwehr Bad Schönborn, Abteilungswehr Mingolsheim - Auftragsvergabe

Kurze Sachverhaltsschilderung durch den Vorsitzenden, der ausführt, dass der Kostenrahmen weitestgehend gehalten werden kann. Er begrüßt den Referenten des mit der Ausschreibung beauftragten Unternehmens, welcher im Folgenden auf die wesentlichen Punkte der Ausschreibung noch einmal eingeht.

Der Referent führt aus, dass das Vergabeverfahren rein digital geführt wurde. Es fand ein enger Dialog mit der Feuerwehr statt. Aufgrund der starken Nachfrage sei der Markt übersättigt und die Angebote wurden damit teurer. Ausländische Anbieter beteiligen sich zunehmend an Ausschreibungen. Das einzige vorliegende Angebot für das Fahrzeug entspricht dem Bedarf der Gemeinde. Für den Fahrzeugaufbau liegen 3 Angebote vor, ebenso für die Beladung. Die Vergabe erfolgt in 3 Losen, was bedeutet, dass sich die Firmen untereinander abstimmen müssen.

Der zur Abstimmung stehende Vergabevorschlag wird vom Beschaffungsausschuss der Freiwilligen Feuerwehr Bad Schönborn mitgetragen.

Die Fraktion der Freien Wähler fragt an, was mit dem Altfahrzeug geschieht und ob Ausstattungsgegenstände aus diesem Fahrzeug weiterverwendet werden können. Der Referent führt aus, dass diese Fahrzeuge in der Regel auf Gebrauchtfahrzeuggbörsen angeboten werden. Hinsichtlich der Weiterverwendung der Ausstattung verweist er auf den technischen Fortschritt (Veränderung der Leistungswerte) und die zu beachtenden Zuschussvorgaben des Landes.

Die CDU Gemeinderatsfraktion zeigt großen Respekt vor der ehrenamtlichen Unterstützung durch die Feuerwehrangehörigen bei der Ausschreibung und Auswertung.

Der Vorsitzende dankt dem Referenten und verabschiedet diesen nach der Beschlussfassung aus der Sitzung.

Beschluss: Der Gemeinderat vergibt einstimmig den Auftrag für die Anschaffung des HLF20 an den jeweils günstigsten Bieter der Teillöse (Fahrzeug/ Fahrzeugaufbau/ Beladung). Gleichzeitig genehmigt er eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 26.891,03 €.

TOP 4 Vorstellung der polizeilichen Unfall- und Kriminalstatistik 2018

Aufgrund der verkehrsbedingten Verspätung des Referenten zu TOP 3 wird der Berichts des Revierleiters Gerd Volland zur polizeilichen Unfall- und Kriminalstatistik vorgezogen. Die vorgestellte Präsentation bildet Bestandteil des Protokolls.

In der anschließenden Aussprache werden nicht nur Vorfälle der letzten Tage angesprochen, sondern auch die Situation an den Fahrradabstellplätzen der Bahnhöfe. Die Fraktion der Freien Wähler zeigt sich erfreut über die gemeinsame Aktion der Gemeinde und der Polizei (Jetzt reicht's – AKTION-TU-WAS). Angeregt wird, die TiG mit ins Boot zu nehmen um auf diesem Weg vielleicht auch die Graffiti-Problematik in den Griff zu bekommen.

Zu den Fahrradabstellplätzen führt der Vorsitzende aus, dass beim Bahnhof Mingolsheim ein Fahrradkäfig installiert werden soll (auf dem Betonsockel der alten Verladerampe). Ein Zugang ist dann nur über einen Chip möglich. Dieses Projekt soll umgehend realisiert werden und so die Sicherheit verbessern. Alträder, die bereits vor einiger Zeit mit einem Hinweis versehen wurden, werden im Zuge dessen entsorgt. In einem weiteren Schritt denkt man über die ebenfalls im Laufe der Sitzung angesprochene Videoüberwachung nach.

Die CDU Gemeinderatsfraktion hinterfragt die hohe Zahl tatverdächtiger Erwachsener. Der Revierleiter gibt mit Blick auf die Zahlen zu bedenken, dass die Personen auch in anderen Gemeinden Straftaten begangen haben können. Insgesamt läuft die Entwicklung Bad Schönborns verglichen mit dem Landestrend gegenläufig. Die Schwerpunkte der Straftaten liegen im Bereich Fahrraddiebstahl, Sachbeschädigung an PKWs und Gebäuden. Hier müsse man gegensteuern und Präsenz zeigen.

Die SPD Fraktion zeigt sich nicht überrascht von der Statistik, denn gerade die Lage der Gemeinde ist attraktiv für Kriminelle. Dennoch lasse sich eine steigende Kriminalität nicht herauslesen. Von der

gemeinsamen Aktion der Gemeinde und der Polizei zeigt man sich überrascht. Die Fraktion hätte sich eine andere Herangehensweise gewünscht, um für mehr Zivilcourage zu werben und regt daher ein Pressegespräch an, in dem „Helden des Alltags“ vorgestellt werden. Kritisiert wird, dass die Statistik nicht auf rechtsradikale Vorfälle und Strömungen (Reichsbürger) eingeht, die es sicherlich auch in der Gemeinde Bad Schönborn gibt.

Angefragt wird, wann die bereits angesprochenen Fahrradboxen im Gemeinderat behandelt werden.

Große Straftaten sind in der Gemeinde Bad Schönborn Ausnahmefälle, so der Referent, dennoch steige die Rate der Alltagskriminalität. Dies bedeute aber nicht, dass die Gemeinde grundsätzlich nicht sicher ist. Die Idee des Pressegespräches greift er gerne auf, sofern Impulse von der anregenden Fraktion kommen sollten.

Weiter führt er aus, dass die Videoüberwachung rechtlich nicht einfach ist, aber sehr gute Ergebnisse bringen kann.

Fremdenfeindliche Vorfälle und Entwicklungen gibt es in der Gemeinde Bad Schönborn nur wenige, die aber beobachtet werden.

Die Fraktion der UBBS spricht die Verkehrssituation im Einmündungsbereich Hammerstadt/ B3/ Umlandstraße an und fragt nach der Möglichkeit eines beampelten Fußgängerüberweges. Eine Begehung wird dann vorgenommen, wenn sich mehrere Ereignisse mit ähnlichem Verlauf zeigen. Der Vorsitzende sichert zu, diesen Verkehrsschwerpunkt bei der nächsten Verkehrsschau aufzugreifen.

Was mit den Tätern passiert, möchte die Fraktion der Freien Wähler wissen, die die ausgesprochenen Sanktionen oft für zu gering ansieht. Der Referent geht hierauf kurz ein, bittet die Statistik und vor allem die Klärung der Fälle aus dem Blickwinkel der Geschädigten zu sehen.

Der Vorsitzende dankt dem Referenten und verabschiedet ihn gegen 19.20 Uhr aus der Sitzung.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen des Revierleiters zur Kenntnis. Ein Beschluss war nicht zu fassen.

TOP 5	Anbau der bestehenden Realschule – 2. Bauabschnitt hier: Auftragsvergaben
--------------	--

Gemeinderat Mächtel ist in diesem Tagesordnungspunkt befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz.

Der Vorsitzende informiert kurz zur Vorlage und begrüßt den Vertreter des beauftragten Architekturbüros, der im Folgenden auf die einzelnen Ausschreibungen eingeht. Der Bezug des Neubaus ist für September 2020 vorgesehen.

Es ergibt sich keine Aussprache, lediglich die Bitte der CDU Gemeinderatsfraktion, die begonnenen Sanierungsarbeiten am Altgebäude der Realschule fortzusetzen. Der Vorsitzende greift dies auf.

Beschluss: Der Gemeinderat beauftragt jeweils mit einstimmigem Beschluss den günstigsten Bieter der mit der Ausführung der ausgeschriebenen Arbeiten.

TOP 6	Sanierung der Radwege B292 Südseite und Kislauer Straße hier: Auftragsvergaben
--------------	---

Der Vorsitzende geht kurz auf die Vorlage ein und begrüßt den Referenten des Ingenieurbüros, der im Folgenden auf die Einzelheiten der Ausschreibung eingeht. Der Ausbau der Radwege B292 Südseite und Kislauer Straße soll in gleicher Bauweise erfolgen.

Die Fraktion der Freien Wähler fragt nach, ob der vorgesehene Ausbau der Wege dauerhaft ausreichend ist. Hierzu führt der Referent aus, dass der Unterbau eine deutlich bessere Qualität als bisher ausweist und für den landwirtschaftlichen Verkehr geeignet ist. Gleichzeitig können so Entsorgungskosten eingespart werden.

Die SPD Gemeinderatsfraktion möchte wissen, ob für den Ausbau der Fahrradwege auch Landesfördermittel ausgeschöpft werden. Hierzu führt der Vorsitzende aus, dass Gespräche mit dem Regierungspräsidium geführt wurden, nachdem die Wege aber auch eine landwirtschaftliche Nutzung haben, wird ein Teil der Kosten nicht berücksichtigt. Die verbleibenden Ausbaukosten liegen unter der für den Zuschuss maßgeblichen Kostengrenze. Eine Bezuschussung mit Landesmitteln ist daher nicht möglich.

Die CDU Gemeinderatsfraktion knüpft hier nochmals an und regt die Prüfung über eine nachträgliche Fördermöglichkeit aus Mitteln des Landwirtschaftsamtes an.

Beschluss: Der Gemeinderat beauftragt einstimmig gemäß Vergabevorschlag je Maßnahme den preisgünstigsten Bieter mit der Ausführung der ausgeschriebenen Arbeiten.

TOP 7	Sanierung des Kanalsystems in Mingolsheim hier: Vergabe der Arbeiten in geschlossener Bauweise
--------------	---

Der Vorsitzenden führt in den Sachverhalt ein und übergibt das Wort an den Referenten des Ingenieurbüros. Dieser führt aus, dass die Ausschreibung eine auffällig geringe Resonanz erfahren hat. Beide Anbieter sind der Gemeinde bekannt, die angebotene Ausführung hochwertig.

Bei der fachtechnischen und rechnerischen Prüfung wurde bei beiden Anbietern ein sehr hoher Einheitspreis festgestellt. Das Ingenieurbüro schlägt daraufhin vor, aufgrund der hohen Einheitspreise und dem hohen Submissionsergebnis die Maßnahme förmlich aufzuheben und erstmals durch eine freihändige Verhandlung günstigere Ergebnisse zu erzielen. Sollte dies nicht zum gewünschten Ergebnis führen, wird die Verwaltung beauftragt, die Maßnahme neu auszuschreiben. Die Verwaltung wird über das Verhandlungsergebnis informieren.

Beschluss: Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag des Ingenieurbüros und hebt mit einstimmigem Beschluss die Ausschreibung zur Kanalsanierung in geschlossener Bauweise im Ortsteil Mingolsheim auf, da die Ausschreibungsergebnisse die Kostenberechnungen um mehr als 24 % überschreiten und somit eine Finanzierung der Maßnahme nicht gesichert ist.

**TOP 8 Technische Erneuerung des Regenüberlaufbeckens VI
Hier: Vergabe der Beton- und Tiefbauarbeiten**

Nach kurzer Einführung in den Sachverhalt übergibt der Vorsitzende das Wort an den anwesenden Referenten des beauftragten Ingenieurbüros.

Der Referent führt aus, dass aufgrund des Alters des RÜBs nicht nur Verschleiß eingetreten ist, sondern auch der Stand der Technik heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Die ursprüngliche Ausschreibung als Gesamtmaßnahme hatte kein gutes Ergebnis gebracht.

Für die Betonarbeiten (Gewerk 1) gingen 4 Angebote ein, für die Tiefbauarbeiten (Gewerk 2) 2 Angebote.

Die Fraktion der UBBS fragt nach, ob die mögliche Lage der Umgehungsstraße mit einbezogen ist. Hier ergeben sich lt. Ingenieurbüro keine Flächenüberschneidungen.

Beschluss: Der Gemeinderat vergibt einstimmig die beiden Gewerke an den jeweils günstigsten Bieter.

TOP 9 Sachlicher Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ für die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Bad Schönborn / Kronau
a) Ergebnis der Öffentlichen Auslegung nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Absatz 2 BauGB
b) Erneute Offenlage und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 a Absatz 3 BauGB

Der Vorsitzende führt kurz in den Sachverhalt ein. Er unterstreicht den Zusammenhang zwischen Ausweisung von Flächen für die Windenergie und dem Landschaftsschutz. Eine nachhaltige Senkung des CO₂ Verbrauchs ist anzustreben, daher kommt auch dem Landschaftsschutz eine große Bedeutung zu. 200 m hohe Anlagen sind sehr kritisch zu sehen, eine Höhenbegrenzung muss versucht werden. Sollte der Gemeinsame Ausschuss die erneute Offenlage beschließen, so könnte dies eventuell noch in der letzten Ausgabe des Mitteilungsblattes vor der Sommerpause veröffentlicht werden. Im Herbst erwartet der Vorsitzende mehr Information von den beteiligten Unternehmen. In der Gemeinderatssitzung geht es um den Beschluss zur erneuten Offenlage, sowie um eine Höhenbegrenzung auf 140 m.

Die CDU Fraktion teilt die Meinung des Vorsitzenden. Zur Stromgewinnung sind andere Produktionsformen notwendig. Landschaftserhalt ist sehr wichtig, ein steuerndes Eingreifen unerlässlich. Alle, die eine Stellungnahme abgeben möchten, können dann die erneute Offenlage nutzen. Es ergeht der Appell, keine Zeit zu verschwenden und damit auch die Chance für die am Tag nach der Gemeinderatssitzung stattfindende Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses zu nutzen.

Der Vorsitzende bringt ein, dass wenn keine Fortschreibung des Flächennutzungsplanes erreicht werden kann, Baurecht gilt. Die Gemeinden hätten damit keine Steuerungsmöglichkeiten mehr.

Der Klimawandel ist nicht nur messbar, sondern auch deutlich sichtbar, so die Grüne Liste, daher gilt es – entsprechend dem Leitbild der Gemeinde - jetzt zu handeln. Die kommenden 10 Jahre sind prägend und jede Entscheidung wird Auswirkungen haben. Die Gemeinde braucht einen Klimaaktionsplan. Das Einsparungspotential von CO₂ durch Windräder ist enorm und der nun beginnende Gestaltungsprozess ist ein langer Prozess. Enttäuscht zeigt man sich darüber, dass das Stadtplanungsbüro die Gelegenheit nicht nutzt, die Ergebnisse der Offenlage zu kommentieren.

Am 26.06.2019 war bisher die einzige Bürgerinformationsveranstaltung in Waghäusel, Die Grüne Liste sieht die Belange des Artenschutzes kritisch, die Höhenbeschränkung auf 140 m aber auch willkürlich und kaum überzeugend für Windkraftgegner. Letztendlich hängt die Nennleistung deutlich von der Höhe der Anlagen ab. 240 Höhenmeter sind Stand der heutigen Technik. Die Gemeinde ist gut beraten, sich mit der Sache zu beschäftigen, bevor eine so weitreichende Entscheidung getroffen wird. Es fehlen Informationen zu den technischen Lösungen. Die Grüne Liste stellt daher den Antrag, dass Wirsol die technischen Möglichkeiten in der nächsten AUT Sitzung vorstellt.

Die Gemeinde war beim Scoping-Termin, so der Vorsitzende. Die letzten 3-4 Jahre wurden genutzt, um die notwendigen Gutachten zu erstellen. Die geäußerte Kritik ist daher nicht nachzuvollziehen.

Die SPD Fraktion unterstreicht ebenfalls, dass ein Ausstieg aus Kohle und Atom-Energie dringend erforderlich ist. 60% sollen aus anderen Energiequellen bezogen werden, daher hat auch das Land im Jahr 2013 die grundsätzliche Zulässigkeit von Windkraftanlagen in Gemeinden beschlossen und den Gemeinden eine Steuerungsmöglichkeit über die Flächennutzungspläne eingeräumt. Enttäuschend ist, dass wohl wenig Interesse in der Bevölkerung besteht. Aus der Planung ergeben sich für die SPD Gemeinderatsfraktion 5 Problemfelder:

- Der Schutz der Wasserversorgung muss sichergestellt sein.
- Vorranggebiete müssen berücksichtigt werden.
- Für Flächeneinsatz und Aufforstung müssen Ausgleichsflächen vorgehalten werden.
- Für den späteren Rückbau der Anlagen müssen Rücklagen gebildet werden.
- Rücksichtnahme auf die Ortsgestaltung muss gegeben sein. Eine Höhenbegrenzung schließt allerdings wirtschaftlich machbare und rentable Anlagen aus. Eine Höhenbegrenzung ist daher eigentlich unzulässig.

Daher lehnt die SPD Gemeinderatsfraktion die Höhenbegrenzung der Anlagen ab, besteht aber auf Regelungen zu finanziellen Rücklagen für spätere Rückbaumaßnahmen und die Sicherstellung einer Aufforstung auf Ausgleichsflächen.

Der Vorsitzende wendet ein, dass es darum geht, eine Grenze zwischen dem wirtschaftlich lohnenden Projekt und der Landschaftsverträglichkeit auszuloten. Andere Punkte sind sicherlich technisch lösbar. Die Frage der finanziellen Rückstellungen ist zu prüfen. Er schlägt vor in Verhandlung zu gehen, um einen Ausgleich der gegenläufigen Interessen zu erreichen. Dabei ist er sich bewusst darüber, dass am Ende die Höhe von 140 m sicherlich nicht gehalten werden kann.

In der Bürgerinformation in Waghäusel wurde die Frage der Aufforstung bereits angesprochen, so die Fraktion der UBBS. Dennoch fehlen den Fraktionsmitgliedern wichtige Informationen aus vorausgehenden Sitzungen. Die Vorschläge der Vorredner sind schlüssig und nachvollziehbar. Die Höhenbegrenzung auf 140 m wird aber dazu führen, dass die Anlagen am Ende vielleicht an einem anderen Standort kommen. Die Höhenbegrenzung macht daher eigentlich keinen Sinn.

Die Höhe der Anlagen wird das Landschaftsbild prägen, so der Vorsitzende, der darauf hinweist, dass zwischen Frankfurt und Freiburg keine Anlagen mit einer Höhe von über 200 m stehen. Gerne will er eine Bürgerversammlung einberufen, bleibt aber bei 140 m.

Die Fraktion der Freien Wähler unterstreicht, dass die Gemeinde dann ihren Einfluss auf das Verfahren verlieren wird, wenn der Beschluss nicht wie vorgeschlagen erfolgt. Die Technik schreitet voran und es ist nicht ausgeschlossen, dass künftig nicht auch Windräder mit einer Höhe von 140 m wirtschaftlich betrieben werden können.

Der Vorsitzende nimmt die von der SPD Gemeinderatsfraktion angesprochenen Problemfelder in den Beschlussvorschlag auf und regt die Abstimmung an.

Beschluss: Der Gemeinderat empfiehlt mit 13 Stimmen bei 9 Gegenstimmen folgenden Beschlussvorschlag für die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses:

- a) Der Gemeinsame Ausschuss der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Bad Schönborn/Kronau nimmt die Ergebnisse der Öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis. Dem Abwägungsvorschlag, der um die Punkte Rücklagenbildung für den Anlagenrückbau und die Vorhaltung von Ausgleichsflächen für den erforderlichen Flächeneinsatz und die Aufforstungen zur ergänzen ist, wird gefolgt und die entsprechende Ausarbeitung der Planunterlagen gemäß dem Abwägungsvorschlag ist zu veranlassen.
- b) Der gemeinsame Ausschuss beschließt die erneute Öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Absatz 3 BauGB.

TOP 10 Errichtung eines Sole-Aktiv-Parks in Mingolsheim hier: Auftragsvergabe für Bauabschnitt 2.2
--

Kurze Einleitung durch den Vorsitzenden, der dabei auch einen Rückblick auf die bisherigen Abläufe gibt. Im Anschluss übergibt er das Wort an die Referentin des beauftragten Landschaftsarchitekturbüros, die kurz auf die Ergebnisse der aktuellen Ausschreibung eingeht.

Die CDU Gemeinderatsfraktion sieht sich auf die heutige Sitzung nicht gut vorbereitet. Eigentlich hätte eine Vorberatung im Arbeitskreis Kurpark – den es in der letzten Wahlperiode gab – erfolgen müssen. Für die Sanierung des Platzes oberhalb des Kursees ist eine Asphaltierung vorgesehen, mit der sich die CDU Fraktion nicht einverstanden erklären kann. Hier hätte man sich eine wassergebundene Decke gewünscht. Auch aus diesem Grund hatte die Fraktion den Antrag der Jungen Liste zu Beginn der Sitzung unterstützt. Kritisiert wird die späte Versendung weiterer Unterlagen am Tag der Sitzung. Aus Sicht der Fraktion gäbe es Möglichkeiten, Sondersitzungen durchzuführen, daher erklärt sich die Fraktion nicht mit dem Beschlussvorschlag einverstanden. Sie wird der pauschalen Abschaffung der Deckelung nicht zustimmen und sieht einen Kompromiss in der Durchführung einer Sondersitzung des AUT.

Der Vorsitzende führt aus, dass eine Vergabe aufgrund der erforderlichen Vorlaufzeiten – auch im Hinblick auf die Haushaltsplanung 2020 - erfolgen muss.

Die Fraktion der Grünen Liste fragt nach, ob insektenfreundliche Pflanzungen vorgesehen sind. Dies wird durch die Referentin bestätigt.

Während die SPD Gemeinderatsfraktion ihre Zustimmung signalisiert, unterstreicht die Fraktion der Freien Wähler die Meinung der CDU Gemeinderatsfraktion und bittet um Prüfung durch das Fachbüro, in welchen Bereichen Einsparungen möglich sind.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass die Deckelung der Baukosten aus dem Jahr 2014 stammt.

Die Fraktion der Grünen Liste bedauert, dass die für 09.07.2019 vorgesehene AUT-Sitzung entfallen ist. Eine Baukostensteigerung in 5 Jahren um rund 10% ist nicht ausgeschlossen. Streichungen würden zu Lasten der Attraktivität des Parks gehen. Der Kurpark würde damit auch sein Alleinstellungsmerkmal verlieren.

Die Referentin erläutert, dass die Differenzen vor allem auf die Kosten der Seesanieung zurückzuführen sind. Hier liegt die Verantwortung jedoch in einem anderen Büro. Die Freianlagen hängen aber mit der Seesanieung zusammen und zeitlich voneinander ab.

Die CDU Gemeinderatsfraktion vertritt die Meinung, dass beschlossene Maßnahmen mit den vorgesehenen Mitteln umgesetzt werden sollen und fragt nach möglichen Risiken durch die Seesanieung – insbesondere durch die Entsorgung der Schlämme. Der Vorsitzende versichert, dass die Vermessungen und Berechnungen mit großer Sorgfalt durchgeführt wurden.

Die Fraktion der Grünen Liste führt aus, dass der See eine Vorgeschichte hat. Er ist gekippt und die Sanierung wird dies künftig verhindern. Ein Teil der Fraktion war im Arbeitskreis Kurpark mit dabei und kann daher bestätigen, dass bereits auf einige Dinge verzichtet wurde. Nicht zuletzt konnte damit auch der Pflegeaufwand reduziert werden. Den Kostensteigerungen müssten die Einsparungen im Gesamten gegenübergestellt werden.

Der Vorsitzende regt an, die neuen Vertreter der Fraktionen für den Arbeitskreis Kurpark zu benennen.

Beschluss: Der Gemeinderat vergibt einstimmig den Auftrag gemäß Vergabevorschlag an den preisgünstigsten Bieter. Die Deckelung soll neu verhandelt werden.

TOP 11 Bühne im Sole-Aktiv-Park hier: Beschluss zur Umplanung

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt und in den AUT verwiesen.

TOP 12 Jugendbeteiligung in der Gemeinde Bad Schönborn hier: Fortführung des bisherigen Konzeptes und Durchführung eines Jugendforums

Der Vorsitzende führt unter Bezugnahme auf die Vorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Im Oktober soll ein Jugendforum stattfinden. Die SPD Fraktion bittet darum, die Info zur Veranstaltung möglichst breit zu streuen um viele Jugendliche zu erreichen, Fachbüros mit einzubinden, sowie auch die Landeszentrale für politische Bildung zu beteiligen, eine Moderation der Veranstaltung vorzusehen und direkte Einladungen an die Jugendlichen über den Bürgermeister zu versenden. Zukunftsthemen, die sich ergeben, sollten im Anschluss im Gemeinderat aufgegriffen und besprochen werden.

Eine weitere Aussprache ergibt sich nicht.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig das Konzept des 8er Rates unter dem Label TiG fortzusetzen und begrüßt die Absicht ein Jugendforum durchzuführen.

**TOP 13 Evangelischer Kindergarten "Lichtblick"
hier: Betriebskostenabrechnung für das Jahr 2018**

Kurze Einleitung durch den Vorsitzenden, dem sich ohne Aussprache die Beschlussfassung anschließt.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Betriebskostenabrechnung für den evangelischen Kindergarten „Lichtblick“ zur Kenntnis und stimmt einstimmig der Übernahme des Betriebskostendefizits in der festgestellten Höhe zu.

TOP 14 Antrag der CDU Fraktion auf Berufung sachkundiger Einwohner in die nach der Gemeinderatswahl gebildeten Ausschüsse

Kurzer einleitender Sachvortrag durch den Vorsitzenden entsprechend der Vorlage.

Beschluss: Der Gemeinderat stimmt den beantragten Berufungen einstimmig zu.

TOP 15 Bericht über die aktuelle Finanzsituation der Gemeinde

Kurze Einführung in den Sachverhalt durch den Vorsitzenden, der betont, dass die aktuelle Finanzlage der Gemeinde gleichzeitig auch Verpflichtung zum Handeln ist. Die Aufgaben, die vor der Gemeinde liegen sind gewaltig. In der Instandhaltung konnten in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen erzielt werden.

Im Anschluss gibt der Kämmerer einen kurzen Bericht über die aktuelle Finanzsituation der Gemeinde.

In der anschließenden kurzen Aussprache danken die Fraktionen für umfangreichen Ausführungen und Ausblicke.

TOP 16 Antrag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Gemeinderatsfraktion Bad Schönborn: Beschluss, dass die Gemeinde bis zum Jahre 2030 eine klimaneutrale Kommune wird

Der Vorsitzende führt in den Sachverhalt ein und übergibt im Anschluss das Wort an die antragstellende Fraktion.

Die SPD Gemeinderatsfraktion führt aus, dass es nicht darum geht, Einzelmaßnahmen anzugehen, sondern in der Gemeinde einen Prozess einzuleiten. Die Verwaltung habe dann Zeit, gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe, den Prozess in Gang zu bringen und dem Gemeinderat Vorschläge zu unterbreiten. Der Arbeitsgruppe sollte je ein Vertreter der Fraktionen und ein sachkundiger Bürger angehören. Ein Verweis in den AUT sollte nicht erfolgen.

Die Fraktion der Grünen Liste stellt den weitergehenden Antrag, für die Gemeinde Bad Schönborn den Klimanotstand auszurufen.

Die CDU Fraktion schildert, dass sich auch der Landkreis auf den Weg gemacht hat (Nachhaltigkeitsprüfung gemeinsam mit der Gemeinde Graben-Neudorf). Auch ist es Wunsch der CDU Gemeinderatsfraktion die Nachhaltigkeit bei Beschlüssen zu prüfen, d.h. jede Entscheidung unter diesem Aspekt auf den Prüfstand zu stellen.

Für die Fraktion der Freien Wähler stellt sich die Frage des Schiedsrichters, der feststellt, was bis 2030 erreicht wurde. Auch sollte das Ziel offener formuliert werden. Die Frage des Schiedsrichters sei bereits im Antrag dargestellt, so erwidert die SPD Fraktion.

Der Vorsitzende unterstützt den Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler und schlägt vor, den Beschluss offener zu formulieren.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass sich die Gemeinde zum Ziel setzt, bis spätestens 2030 klimaneutrale Gemeinde zu sein und verweist den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Technik.

TOP 17 Beratung und Entscheidung über den Antrag der Grüne Liste Bad Schönborn - Ehrenamt stärken: Stelle einer / eines Ehrenamtsbeauftragten schaffen

Nach einer Einleitung durch den Vorsitzenden gibt die Grüne Liste eine kurze Begründung ihres Antrages. Die Stelle des/ der Ehrenamtsbeauftragten soll auch Fragen des Datenschutzes abdecken, Beratung bei Konflikten bieten, Networker und Vermittler sein. Die genaue Ausgestaltung der Stelle soll im Ausschuss für Soziales, Kultur und Ehrenamt besprochen werden. Die Fraktion sieht hier vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die über die bisherigen Tätigkeiten hinausgehen. Vorhandene Ressourcen könnten so ergänzt werden.

Die CDU Gemeinderatsfraktion sieht in der Stelle der Koordinatorin Gemeindejubiläen indirekt bereits die Ehrenamtsbeauftragte. Dies jedoch, einlenkend der Vorsitzende, geben die aktuellen Stellenanteile dieser Stelle nicht her.

Beschluss: Der Gemeinderat verweist einstimmig den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Ehrenamt.

TOP 18 Beratung und Entscheidung über den Antrag der Grüne Liste Bad Schönborn - Ehrenamt stärken: Ehrenamtsbörse aufbauen / Ehrenamtskarte ausgeben

Kurze Einführung durch den Vorsitzenden, der sich ohne weitere Aussprache die Beschlussfassung anschließt.

Beschluss: Der Gemeinderat verweist einstimmig den Antrag zur Vorberatung in den Ausschuss für Soziales, Kultur und Ehrenamt.

TOP 19 Entscheidung über die Annahme verschiedener Spenden an die Gemeinde

Gemeinderat Sieber ist in diesem Tagesordnungspunkt befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz. Es erfolgt ein kurzer Sachvortrag durch den Vorsitzenden, dem sich ohne weitere Aussprache die Beschlussfassung anschließt.

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die genannten Geld- und Sachspenden anzunehmen.

TOP 20	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 25.06.2019 gefassten Gemeinderatsbeschlüsse
---------------	--

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 25.06.2019 gefassten Beschlüsse bekannt.

TOP 21	Bekanntgaben und Anfragen
---------------	----------------------------------

1. Infoveranstaltung Regierungspräsidium

Die Fraktion der Freien Wähler spricht eine Infoveranstaltung im Rhein-Neckar-Kreis zu den Auswirkungen der geplanten Baumaßnahmen an der A5 an und übergibt einen Antrag an die Verwaltung.

2. Park & Ride-Anlage beim Bahnhof Mingolsheim

Die Fraktion der Freien Wähler bemängelt, dass durch das im Zuge der Erschließungsmaßnahme tätige Bauunternehmen beim Bahnhof Mingolsheim mindestens 15 Stellplätze mit Baumaterialien zugestellt sind. Der Vertreter des Bauamtes führt aus, dass keine Ausweichflächen vorhanden sind. Hinzu kommt, dass aufgrund der Prüfungen auf dem Gelände des Baugebietes keine Materialien gelagert werden können.

3. Leitungsverlegungen auf der Gemarkung

Die Fraktion der Freien Wähler gibt eine Anfrage aus der Bürgerschaft weiter, woraufhin der Vertreter des Bauamtes ausführt, dass derzeit auf der Gemarkung 20 KV Leitungen verlegt werden.

4. Unerklärliche Aufstellung von Masten mit Messgeräten in Langenbrücken

Von der CDU Gemeinderatsfraktion kommt die Anfrage, was es sich mit den Masten auf sich hat, die in den letzten Tagen in Langenbrücken aufgestellt wurden. Der Vertreter des Bauamtes führt aus, dass die Aufstellung an 4 Stellen im Ort erfolgt ist, jedoch ohne Wissen der Gemeinde. Es handelt sich wohl um anonyme Verkehrszählungen. Der Auftraggeber ist derzeit noch nicht bekannt, das Verkehrsbüro der Gemeinde ermittelt. Die Fraktion bittet um eine kurze Info per Mail an die Gemeinderäte.

5. Personalstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die SPD Gemeinderatsfraktion übergibt einen Antrag auf Einrichtung einer Personalstelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

6. Grünflächenpflege Birkenweg

Die Fraktion der UBBS bringt vor, dass im Bereich des Birkenwegs eine kleine Grünfläche nicht gepflegt wird. Dies wurde bislang durch einen Anwohner übernommen, jedoch zwischenzeitlich aufgegeben. Die Fläche ist verwahrlost und müsste zurückgeschnitten werden. Der Vorsitzende ist der Meinung, dass es hierzu einen Pflegevertrag gibt. Die Verwaltung wird dies prüfen.

7. Parksituation in der Hebelstraße

Die Parksituation in der Hebelstraße ist schwierig, der Gehweg wird vollständig zugeparkt, so die Fraktion der UBBS. Ein Parkverbot oder eine Kennzeichnung ist dort dringend notwendig.

8. Fair Trade Town Bad Schönborn

Die Fraktion der Grünen Liste übergibt einen Antrag zur Beteiligung der Gemeinde Bad Schönborn an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“.

Der Vorsitzende:

1. Urkundsperson:

Schriftführer:

Datum: _____

2. Urkundsperson:

Datum: _____